

Dringlichkeitsantrag

Dringl. JA
Antrag JA

gemäß § 42 Villacher Stadtrecht

Der Gemeinderat der Stadt Villach möge nachstehende Resolution

diskutieren und beschließen:

Resolution

gerichtet an

die österreichische Bundesregierung

TEUERUNG SOFORT STOPPEN!

Dramatische Preisexplosion

Wie dringend notwendig eine Teuerungsbremse ist, zeigen aktuelle Statistiken mit dramatischen Zahlen. Die Inflation hat mit 5,1 Prozent einen neuen Höchstwert erreicht. Der wöchentliche Einkauf stieg sogar um 6,8 Prozent. Tanken um bis zu 50 Prozent, Gas und Strom wird um rund 25 Prozent teurer. Hier werden Menschen alleine gelassen. Menschen, die sich das Leben und die Fahrt zur Arbeit und vor allem das Heizen und den Strom nicht mehr leisten können. Die Fahrt zur Arbeit oder zur Familie wird zum Luxusgut.

Vielerorts ist das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln nicht ausreichend oder kann aufgrund der Lebens- oder Arbeitssituation (das betrifft Familien, die Kinder in den Kindergarten bringen müssen, Arbeitende, die außerhalb der Fahrpläne arbeiten und viele andere Menschen in all ihren Lebenssituationen) nicht genutzt werden. Auch jetzt zeigt uns die Situation: Der öffentliche Verkehr muss dringend ausgebaut werden und dafür muss die Bundesregierung eine Strategie sowie ausreichend Budgetmittel zur Verfügung stellen. Das ist nicht nur für Klima- und Umweltschutz dringend wichtig und notwendig, sondern würde auch bedeuten, dass Menschen nicht mehr von Treibstoffen abhängig sind. Das gleiche gilt auch für die Förderung für den Umstieg auf erneuerbare Energien. Die Bundesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass ausreichend Budgetmittel zur Verfügung gestellt werden, damit die

Bevölkerung eine Versorgungssicherheit hat, welche mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien gegeben ist.

Während das Leben für die Menschen in Österreich von Tag zu Tag teurer wird, schneidet der Finanzminister bei jeder Teuerung mit. Je höher der Preis für Benzin, Strom oder Gas, desto höher entfällt die anteilige Mehrwertsteuer – desto höher die Steuerabgaben. Rund 1 Milliarde Euro nimmt der Staat derzeit pro Jahr aus der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas für die Haushalte ein.

Stadt Villach hat eigene Maßnahmen gesetzt – Bundesregierung im Großen gefordert

In Villach wird niemand zurückgelassen. Mit zahlreichen Maßnahmen und einem großen Sozialbudget hat die Stadt schon immer auf die Menschen geschaut. Mit einer stadteigenen Tankstelle die als Preisbrecher fungiert und kostengünstigen Treibstoff für PendlerInnen und Familien die ihre Kinder in den Kindergarten bringen müssen, aber auch Opa und Oma, die ihre Enkel besuchen wollen oder aber in der Nacht arbeitende Menschen, die alle auf ein Auto angewiesen sind. Mit vielen sozialen Förderungen wie z. B dem Heiz- und Weihnachtzuschuss. Mit der Energieberatung der Arge Erneuerbare Energie um Kosten zu reduzieren, mit der Förderung Fossile raus und vielen anderen Förderungen. Die Stadt Villach stellt seit jeher viele Förderungen bei der Bewältigung der alltäglichen Kosten zur Verfügung.

Wo aber Teuerungen in exorbitanter Höhe passieren, muss die Bundesregierung einschreiten und Maßnahmen setzen und darf die Menschen nicht alleine lassen.

Eine Teuerungsbremse muss her! Die österreichische Bundesregierung muss endlich Schritte Richtung Entlastung und Bekämpfung der Teuerung setzen. Die Villacher und Villacherinnen dürfen nicht Leittragende der Corona und Ukraine Krise werden. Daher müssen folgendes Maßnahmenpaket sofort umgesetzt werden:

- Die Menschen brauchen Energiesicherheit: Dazu hat der Bund ausreichend Förderungen für den Umstieg auf erneuerbare Energien zur Verfügung zu stellen.
- Ausreichend budgetäre Mittel für den raschen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel für Länder und Kommunen und somit keine (finanzielle) Abhängigkeit der Menschen mehr von Treibstoffen
- Echte Umsatz(Mehrwert)-Steuerbefreiung auf Treibstoff, Strom, Gas und Öl bis Ende 2022, mit der Option einer bedarfsorientierten Verlängerung.
- Ein einmaliges Vorziehen der Pensionsanpassung.
- Einführung eines Winterzuschusses in der Höhe von 300 Euro für Haushalte mit niedrigeren Einkommen mit sofortiger Auszahlung und Abwicklung über die Finanzämter.
- Die geplante Steuersenkung soll anstatt Beginn mit Juli, rückwirkend ab 1. Jänner 2022 in Kraft treten und dabei sollen die ersten 1.700 Euro/brutto für alle steuerfrei gestellt werden. Sowie die Vorziehung der gesamten Lohnsteuerreform – anstelle der Schrittweisen.
- Erhöhung der Pendlerpauschale

Basierend auf diesen Überlegungen und Erläuterungen wird daher der

Antrag

gestellt, der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

1. Diesem Antrag die Dringlichkeit im Sinne des § 42 des Villacher Stadtrechtes zuzuerkennen
2. Die österreichische Bundesregierung wird beauftragt **der Teuerung für die Menschen mit dem oben genannten Maßnahmenpaket entgegenzutreten und alle erforderlichen Schritte für die Entlastung der Menschen zu setzen.**

[Handwritten signatures in blue and green ink, including names like Rauter, Spöck, and others.]